

Schule fürs Leben: Demokratie, Engagement und Mitbestimmung in der Schule

Workshop-Bericht von Anja Feth

Demokratie kann man auch an der Schule lernen. Dazu braucht es die richtigen pädagogischen Konzepte und Möglichkeiten der Mitbestimmung. Aus dieser Perspektive heraus referierten Brigitte Kather aus dem Landesvorstand der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik und Sabrina Beblo von der Schulstation der Mühlenau-Grundschule. Die anschließende Diskussion lebte von der vielfältigen Zusammensetzung der Teilnehmer*innen. Mit dabei waren u.a. angehende und ehemalige Lehrer*innen, junge Politiker*innen und Eltern, Mitarbeiter*innen verschiedener Vereine und der Bildungsverwaltung sowie junge Erwachsene mit noch frischen Erinnerungen an die eigene Schulzeit.

Ein erstes Thema war die Selbstverwaltung von Schulen. Diese sei wichtig, um Schüler*innen das Prinzip der Mitbestimmung zu vermitteln. Allerdings müssten Möglichkeiten der Selbstverwaltung durch eine entsprechende Haltung des Lehrpersonals unterlegt sein. Schüler*innen bräuchten die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Eine Reihe sehr guter Praxisleitfäden mit konkreten Projektvorschlägen würde seitens der Lehrer*innen zu wenig genutzt. Dies gelte auch für konkrete Beteiligungsmöglichkeiten wie die Einführung von Klassenräten. Viele Lehrkräfte hätten Schwierigkeiten, den Kindern die entsprechende Verantwortung zu überlassen. Entsprechend groß sei der Aus- und Weiterbildungsbedarf der (angehenden) Lehrer*innen sowie der Schulleitungen. Denn um Mitbestimmung und Beteiligung umzusetzen, müsse dies gelehrt und nicht zuletzt selbst erfahren werden.

Viel Anklang fand die Idee eines rotierenden Modells für Klassensprecher*innen, von dem eine pensionierte Grundschullehrerin berichtete. Denn: Meinungen und Interessen hätten viele Kinder. Sie müssten aber auch lernen, dafür einzutreten und Verantwortung zu übernehmen.

Angesprochen wurden aber auch negative Beteiligungserfahrungen. So könne die Wahlfreiheit der Unterrichtsform zu segregierten Klassen führen, weil sich Eltern ganz bewusst gegen ein bestimmtes Konzept entscheiden. Auch sei „Beteiligung“ inzwischen fast ein Formalbegriff für eine bestimmte Art des Mitmachens, die nur spezifische Gruppen anspreche und andere ausschließe, weil sie das Verfahren gar nicht kennen. Ein junger Mann schilderte seine Erfahrung mit so genannten Lernbüros, die auf selbstbestimmtes Lernen zielen. Unter zu viel Laissez-Faire könne der Notendurchschnitt leiden, hier seien die Lehrkräfte in der Pflicht, die Schüler*innen entsprechend zu begleiten.

Insgesamt war sich die Runde einig, dass Beteiligung und Mitsprache innerhalb eines vorgegebenen Rahmens stattfinden müssen – seien es Wahlbereiche innerhalb der Rahmenlehrpläne oder sei es der Theaterbesuch, für den Schüler*innen das Stück selbst auswählen. Auch Regeln könne man von Kindern erarbeiten lassen, zum Beispiel die Schul- und Klassenregeln. Die Kinder hätten dann eine ganz andere Motivation diese einzuhalten.